

## **Bundesbank warnt Banken vor Risiken aus steigenden Zinsen**

Die Bundesbank hat die deutschen Banken vor den Risiken gewarnt, die sich aus einem abrupten Anstieg der Zinsen ergeben.

In ihrem aktuellen Finanzstabilitätsbericht (2016-11) kommt sie zu der Einschätzung, dass sich die Stabilitätsrisiken für das deutsche Bankensystem wegen der anhaltend niedrigen Zinsen erhöht haben. "Im aktuellen makroökonomischen Umfeld besteht die Gefahr, dass Marktteilnehmer Risiken unterschätzen und nicht ausreichend berücksichtigen, dass die Vermögenspreise fallen und die Zinsen steigen können", sagte Bundesbank-Vizepräsidentin Claudia Buch bei der Vorstellung des Berichts.

Laut Bundesbank haben die deutschen Kreditinstitute wegen des anhaltenden Zinsrückgangs ihre Kreditvergabe und die Fristentransformation ausgeweitet. Auf diese Weise haben sie einerseits ihre Zinseinnahmen stabilisiert, sich aber andererseits anfälliger für Liquiditäts- und Zinsänderungsrisiken gemacht.

Banken geraten in Liquiditätsschwierigkeiten, wenn sie kurzfristig fällige Verbindlichkeiten nicht erneuern können. Können sie dann Vermögenswerte nicht oder nur zu hohen Abschlägen veräußern, geraten sie in Schieflage. Dieser Mechanismus war einer der Hauptursachen der Finanzkrise.

Zugleich erhöht die gestiegene Fristentransformation laut Bundesbank auch das Zinsänderungsrisiko. Besonders wenn Zinsen unerwartet steigen, kann das erhebliche Einbußen in dem gerade für deutsche Institute wichtigen Zinsgeschäft mit sich bringen und Verluste bei marktbewerteten Vermögenswerten auslösen. "Gerade nach einer längeren Periode niedriger Zinsen werden Zinsänderungsrisiken vielfach unterschätzt", warnt die Bundesbank.

Erhöhte Zinsänderungsrisiken sieht die Bundesbank vor allem bei Sparkassen und Kreditgenossenschaften. Im zweiten Quartal 2016 hätten 55 Prozent der Sparkassen und 68 Prozent der Kreditgenossenschaften den Schwellenwert überschritten, ab dem von einem signifikanten Zinsänderungsrisiko gesprochen werden könne.

Nach einer neuen, ab 2018 geltenden Regelung, bei der von erhöhten Zinsänderungsrisiken bereits dann gesprochen wird, wenn die Barwertverluste der Forderungen 15 Prozent des regulatorischen Kernkapitals ausmachen, besteht dieser Zustand bereits bei 90 Prozent der genannten Institute.

Für den deutschen Immobilienmarkt erkennt die Bundesbank weiterhin keine Risiken für die Finanzstabilität. Zwar seien die Preise weiter gestiegen, doch sei bisher weder das Volumen der Immobilienkredite übermäßig gestiegen noch hätten sich deren Standards verschlechtert.